

Erklärung

Seit dem 26.11.2009 ist mein Leben ein anderes.

An diesem Tag rief mich der SPIEGEL-Redakteur Wensierski an und fragte mich, warum ich während meiner Zeit als Abteilungsleiterin im Rat des Bezirkes Frankfurt/Oder als IM „Marisa“ Berichte über meinen Stellvertretenden geschrieben hätte. Ich konnte ihm darauf keine Antwort geben.

Am 27.11.2009 erfuhr ich dann auch aus verschiedenen Zeitungen: Seit dem 23.09.2009 gibt es eine Information der BStU-Behörde, aus der hervorgeht, dass ich als Informeller Mitarbeiter "Marisa" für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) gearbeitet haben soll. Ich soll Informantin für drei Berichte gewesen sein. Die BStU-Behörde hat keine Verpflichtungserklärung, die von mir unterschrieben ist, gefunden.

In den Folgetagen wurde mir von Medien vorgeworfen, ich hätte "gespitzelt", hätte „viele getäuscht“. Zudem wisse man auch nicht, über wen ich als IM dem MfS außerdem noch berichtet hätte. Die Akten seien ja vernichtet.

Meiner Partei, der Partei DIE LINKE, wurde der Vorwurf gemacht, sie gebe nur vor, sich kritisch mit der SED-Diktatur auseinander zusetzen und betrachte dies als „Placebo, um die Bevölkerung zu beruhigen“.

Mich treffen die in den Medien verbreiteten Behauptungen wie auch die Äußerungen von Politikern und Journalisten zur Wertung der veröffentlichten Unterlagen tief – persönlich, aber auch, weil ich weiß, dass eigentlich meine Partei die Adressatin ist.

Vor diesem Hintergrund erkläre ich:

Dass ich als informeller Mitarbeiter beim MfS geführt wurde, weiß ich seit November 1991. Damals wurde bei der Überprüfung der Mitglieder des Landtages die Karteikarte des IM "Marisa" gefunden. Die Ehrenkommission stufte mich damals im Ergebnis des Aktenstudiums und mit mir geführter Gespräche als "Grenzfall" ein, deshalb erfolgte auch keine Empfehlung zur Niederlegung des Mandats.

Dass ich an einer operativen Personenkontrolle teilgenommen haben soll, weiß ich seit dem 26.11.2009 durch Presseveröffentlichungen.

1.

Ich lege im Folgenden – bis auf zwei Vorgänge (dazu sogleich) - sämtliche Unterlagen vor, die ich von der Stasiunterlagen-Behörde am 5. Dezember 2009 über den durch mich beauftragten Rechtsanwalt erhalten habe. Ich habe mich erst jetzt, veranlasst durch Presseberichte, um diese Dokumente bemüht. Bis dahin war ich davon ausgegangen, dass die im November 1991 im Zuge der Überprüfung der Abgeordneten des Landtages Brandenburg vorgelegten Akten über mich vollständig waren. Seinerzeit ist mir die Kopie einer Karteikarte übergeben worden, wonach ich seit dem 21.9.1987 als Inoffizielle Mitarbeiterin des MfS registriert war. In Kenntnis dieses Umstands hat die seinerzeit eingesetzte Ehrenkommission keine Veranlassung dafür gesehen, das ich wegen der Beziehungen, die die Staatssicherheit zu mir hatte, „des parlamentarischen und öffentlichen Vertrauens unwürdig“ wäre. Im Anschluss daran wurde in der Presse meine Auseinandersetzung mit meiner damaligen Zusammenarbeit mit dem MfS dokumentiert.

Zwei Vorgänge habe ich mit Rücksicht auf § 32 Abs.3 des Stasiunterlagen-Gesetzes von der Vorlage ausgenommen. Danach dürfen personenbezogene Informationen aus den Archiven der Stasiunterlagen-Behörde nur in Ausnahmefällen veröffentlicht werden. Ein solcher liegt u.a. dann vor, wenn sie offenkundig sind oder wenn der oder die Betroffene mit der Veröffentlichung einverstanden ist. Die „Informationen“, die die Staatssicherheit nach den Akten von IMS "Marisa" erhalten hat, sind offenkundig, denn sie sind im Internet unter <http://www.bild.de/BILD/politik/2009/11/26/stasi-gerlinde-stobrawa/vw-stasiakten-pdf.property=Download.pdf> als Faksimile veröffentlicht worden. Der übrige - im Folgenden in Kopie wiedergegebene - Akteninhalt betrifft mich selbst und kann daher von mir publiziert werden.

Außer diesen Unterlagen enthalten die mir übergebenen Akten Texte, die ich aus den oben dargelegten Gründen nicht als faksimiliert wiedergeben kann. Es handelt sich um

- einen Maßnahmeplan zu einer Operativen Personenkontrolle (OPK) `Stellvertreter, Reg.-Nr. V/ /88 der Abt. XX/2 der Bezirksverwaltung des MfS in Frankfurt (O) vom 7. Juni 1988. Darin werden in acht Unterpunkten „Maßnahmen“ aufgeführt. Punkt 1 des Maßnahmeplanes lautet: „Zielgerichteter Einsatz des IMS "Marisa" zur Aufklärung der tatsächlichen politischen Grundhaltung und des Persönlichkeitsbildes des (folgt eine geschwärzte Passage) sowie der Feststellung und Dokumentierung negativer Einflussnahme auf die Mitarbeiter der Abt. J/K/S durch (folgt eine geschwärzte Passage). Punkt 7 lautet: „Mit dem Ziel der Erschließung weiterer Quellen zur Aufklärung von (folgt eine geschwärzte Passage) ist über den IMS "Marisa" der private Umgangskreis des (folgt eine geschwärzte Passage) zu personifizieren und zu überprüfen.“
- Einen „Abschlussbericht zur OPK `Stellvertreter´, Reg.-Nr. V/ /88, der Abt. XX/2 vom 18. April 1989. In ihm findet sich unter „III. Gründe der Einstellung der OPK“ u.a. folgende Aussage: "Durch den zielgerichteten und offensiven Einsatz des IME "Marisa" konnte erreicht worden, dass der (folgt eine geschwärzte Passage) sowohl in seiner beruflichen Funktion als auch als Mitglied der SED eine positive Entwicklung nahm. Spürbar verbessert hat sich beim (folgt eine geschwärzte Passage) die Einstellung zur Arbeit und seinem Kollektiv... Innerhalb der Parteigruppe und der Abteilung J/K/S nimmt (folgt eine geschwärzte Passage) seine Verantwortung voll wahr und beteiligt sich aktiv am Parteileben der GO der SED“. Sodann wird vorgeschlagen, die OPK „Stellvertreter“ abzuschließen und die Akte zu archivieren.

Weitere Unterlagen zur OPK "Stellvertreter" liegen mir nicht vor.

2.

Zu dem vorliegenden Unterlagen kann ich Folgendes sagen:

Ich wurde im Sommer 1987, von der Parteihochschule kommend, Mitglied des Rates des Bezirkes Frankfurt (O) für Jugendfragen, Körperkultur und Sport. In dieser Funktion leitete ich die für diesen Bereich zuständige Verwaltung. Die Abteilung war u.a. für den Kinder- und Jugendaustausch mit der Volksrepublik Polen zuständig, zu einer Zeit, als die Beziehungen zwischen beiden Ländern auf einem Tiefpunkt angekommen waren. Die Ferien von Kindern aus Israel, Syrien, von der PLO sowie aus der Bundesrepublik wurden durch uns organisiert. Wir waren für die Unterkunftsbedingungen von Sportlern im Sportleistungszentrum Kienbaum mit zuständig, organisierten die Zusammenarbeit mit dem Armeesportklub, dem Fußballklub „Vorwärts“ und der Kinder- und Jugendsport-schule Frankfurt (Oder).

Zu meinen Aufgaben gehörten in diesem Zusammenhang auch regelmäßige Kontakte zum MfS , um sicherheitsrelevante Fragen abzustimmen.

Im Rahmen dieser Kontakte wurde mir zu einem mir heute nicht mehr erinnerlichen Zeitpunkt von dem MfS-Mitarbeiter, der mich regelmäßig aufsuchte, vorgeschlagen, mich unter einem Decknamen zu führen. Zur Begründung sagte er, es solle hierdurch vermieden werden, dass in seiner Behörde von mir gelieferte Informationen sogleich meiner Person zugeordnet werden könnten. Den Decknamen habe ich selbst ausgewählt.

Sämtliche Gespräche, die ich - auch in der Folgezeit - mit dem Vertreter des MfS geführt habe, fanden in meinem Dienstzimmer statt. Der MfS-Vertreter, der mir und den Mitarbeitern meiner Abteilung als Mitarbeiter der Bezirksverwaltung des MfS mit Vor- und Familiennamen bekannt war, nahm auch an Arbeitsberatungen in meiner Abteilung des Rates des Bezirkes teil. Irgendwelche konspirativen Treffs zwischen Vertretern des MfS und mir hat es nicht gegeben. „Aufträge“ irgendwelcher Art habe ich für das MfS zu keiner Zeit ausgeführt. Das wäre angesichts meiner damaligen Position auch völlig unangemessen gewesen. „Maßnahmepläne“ des Ministeriums für Staatssicherheit, wie den mir jetzt von der Stasiunterlagen-Behörde übergebenen, sind mir damals nicht zur Kenntnis gegeben worden.

Wenige Tage nach dem Gespräch, in dem der Deckname vereinbart wurde, habe ich darüber mit meinem damaligen Vorgesetzten, dem Vorsitzenden des Rates des Bezirkes gesprochen. Die Begründung, die der Mitarbeiter des MfS für die Zuteilung eines Decknamens mir gegenüber geäußert hatte, kam mir eigenartig vor. Der Ratsvorsitzende war über diese Mitteilung empört. Eine Zusammenarbeit mit dem MfS unter einem Decknamen komme für ein Ratsmitglied nicht in Betracht. Die offizielle Zusammenarbeit mit dem MfS sei auf Bezirksebene notwendig, sie erfolge jedoch nicht unter Verwendung von Pseudonymen. Er kündigte an, sich an die zuständigen Stellen im MfS zu wenden und das klar zustellen.

Auf diese Aussage habe ich mich verlassen. In der Folgezeit bin ich davon ausgegangen, dass die Gespräche zwischen Vertretern des MfS und mir immer ausgehend von meiner damaligen Funktion als Ratsmitglied geführt und auch dementsprechend durch die Staatssicherheit behandelt worden sind. Auf das geführte Gespräch sind der Ratsvorsitzende und ich nie wieder zurückgekommen.

Diese dienstliche Zusammenarbeit mit Mitarbeitern des MfS habe ich nie verschwiegen. Ich habe das auch den Mitgliedern der 1991 eingesetzten Ehrenkommission des Landtages Brandenburg mitgeteilt.

Die jetzt vorgelegten Unterlagen aus der Stasiunterlagen-Behörde sind mir erst jetzt bekannt geworden.

3.

Ich hatte eine politische Laufbahn in der DDR, die ich nie verschwiegen habe. Jeder konnte sie nachlesen, im Abgeordnetenhandbuch, auf verschiedenen Internetseiten, in Büchern¹ und auch in diversen Zeitungsartikeln. Nicht nur unmittelbar nach der Wende, sondern bis in die letzten Jahre war dieser Teil meiner Biografie auch Gegenstand von zahlreichen Veranstaltungen und Gesprächen im kleineren Kreis, auch mit Kolleginnen und Kollegen anderer Landtagsfraktionen.

Als ich 2005 erstmals zur Wahl der Vizepräsidentin des Landtages kandidierte, erklärte ich meine Gesprächsbereitschaft gegenüber allen Fraktionen. Der CDU-Fraktionsvorstand und die Minister der CDU luden mich ein. In diesem Gespräch ging ich sowohl auf meine Biographie und auf meine Vorstellung über die Führung des Amtes ein. Ich berichtete, dass es zwei einschneidende Erlebnisse in den letzten 20 Jahren für mich gab: Das war zum einen ein Verkehrsunfall mit weit reichenden gesundheitlichen Folgen und das Ergebnis der Überprüfung auf die Stasi-Zusammenarbeit im Jahr 1991, wo festgestellt wurde, dass ich als IM geführt und behandelt wurde. Es gab von Frau Hartfelder (CDU-Fraktion) dazu eine Nachfrage.

Vor dem Hintergrund meiner Biographie war es für mich folgerichtig, dass meine Fraktion zusammen mit der SPD den Antrag "Versöhnung in der Verantwortung vor der Geschichte" einbrachte. Die darin enthaltenen Grundsätze sind meine:

"Vergangenheit darf die Zukunft nicht dominieren – Geschichte darf nicht verdrängt oder vertuscht werden. Jeder Einzelne sollte sich selbstkritisch die Frage stellen, welche Verantwortung er selbst bis 1989 getragen hat, unabhängig davon, ob er in der SED, in einer der Blockparteien oder anderswo tätig war. Der offene und kritische Umgang mit früheren Feh-

1 Z.B. "Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung - Formen des Widerstands der Opposition" (1995)

lern ist ebenso notwendig wie die Übernahme von Verantwortung für verursachtes Unrecht in Missachtung von Freiheit und Demokratie. Der Respekt muss den Opfern gelten, das Andenken an erlittene Repressalien muss bewahrt werden.

Die Lehren der Geschichte müssen im gesellschaftlichen wie individuellen Leben wach gehalten werden. Das Verhalten vor 1989 soll in Brandenburg auch weiterhin „mit menschlichem Maß“ betrachtet und zugleich im Lichte der letzten 20 Jahre bewertet werden.

Im Jahre 2009 schlug meine Fraktion mich erneut für das Amt der Vizepräsidentin vor. In der Fraktionssitzung am 13.10.2009 teilte ich meinen Abgeordnetenkollegen im Beisein auch von Mitarbeitern der Fraktion sowie von Journalisten mit, dass im Ergebnis der Überprüfung der Landtagsabgeordneten im Jahre 1991 meine Registrierung als IM "Marisa" bekannt geworden sei und ich davon ausgehe, dass es nicht nur eine "Täterakte" von Gerlinde Stobrawa, sondern auch eine "Opferakte" geben müsste. Im "Neuen Deutschland" des nachfolgenden Tages war diese Mitteilung Bestandteil des Berichtes über die Fraktionssitzung. Dieser Artikel war am selben Tag im Pressespiegel des Landtages nachzulesen.

Seit 1991 habe ich versucht mit sehr vielen Menschen ins Gespräch zu kommen, um mit ihnen gemeinsam über meine Biographie zu sprechen. Ehemalige Arbeitskollegen, Freunde, Verwandte sind von mir zu diesem Thema sehr häufig angesprochen worden. Diskussionen in der Partei habe ich sehr intensiv genutzt um mich kritisch und selbstkritisch mit dieser Zeit auseinander zu setzen. Es tut mir außerordentlich Leid, dass es mir bis jetzt nicht gelungen ist, gerade mit dem Arbeitskollegen, über den ich angeblich berichtet haben soll, ins Gespräch zu kommen.

Ich habe mich seit 1991, als der Vorwurf inoffizieller Mitarbeit für die Staatssicherheit erstmals gegen mich erhoben wurde, mit meiner politischen Biographie öffentlich auseinandergesetzt. Das werde ich auch weiter so halten.

Die Leserinnen und Leser mögen sich ihr eigenes Urteil bilden.

Bad Saarow, im Dezember 2009

Gerlinde Stobrawa